

REACH-Datenbank der ECHA verhältnismäßig ausgestalten

Positionen zu Art. 1 Ziffer 10 der Richtlinie (EU) 2018/851 über Abfälle

01.10.2018

Durch Art. 1 Ziffer 10 der neuen Richtlinie über Abfälle (Richtlinie (EU) 2018/851) wird Art. 9 der bestehenden Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle geändert. Nach Art. 9 Abs. 1 Buchstabe i) und Abs. 2 soll bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eine Datenbank eingerichtet werden. Lieferanten von Erzeugnissen sollen danach ab dem 5. Januar 2021 Informationen über besorgniserregende Stoffe nach Art. 33 Abs. 1 der Verordnung (EG) 1907/2006 (REACH) an die Europäische Chemikalienagentur melden. Zugang zu den Daten sollen Abfallbehandlungseinrichtungen und auf Anfrage auch Verbraucher erhalten. Dadurch soll der Gehalt an besorgniserregenden Stoffen in Produkten gesenkt werden. Auch wenn die Mitgliedstaaten für die Umsetzung dieser Regelung zuständig sind, streben die Europäische Kommission und die ECHA eine harmonisierte Gesetzgebung an. Das Positionspapier leistet einen Beitrag in der Diskussion um die Ausgestaltung der Datenbank und der Meldepflichten im Detail.

Der Handelsverband Deutschland (HDE) setzt sich für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ein. Die gewählten Instrumente müssen jedoch zur Erreichung des mit ihnen verfolgten Ziels geeignet und vom wirtschaftlichen Aufwand her verhältnismäßig sein. Es ist daher zu bedauern, dass die Regelung zur Einführung der REACH-Datenbank bei der ECHA ohne eine Folgenabschätzung und ohne Konsultation der Betroffenen beschlossen worden ist. So zeichnet sich bereits ab, dass die für die betroffenen Unternehmen extrem hohe administrative Belastungen und erhebliche Kosten entstehen

werden, denen kein Mehrwert für den verfolgten Zweck gegenübersteht.

Der HDE möchte angesichts des fehlenden Nutzens der Datenbank erreichen, dass die Meldepflichten zum Aufbau der Datenbank so einfach und effizient wie möglich ausgestaltet werden. Außerdem sollten die Wettbewerbsbedingungen für nicht in der EU ansässige Unternehmen und EU-Unternehmen gleich sein.

Kein Nutzen für Abfallbehandlungseinrichtungen und Verbraucher

Die Daten in der Datenbank sollen der Richtlinie (EU) 2018/851 zufolge insbesondere den Abfallbehandlungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Nach Informationen des HDE können die Abfallbehandlungseinrichtungen die Daten jedoch nicht verwenden. So ist bei einem Großteil des zu behandelnden Abfalls der Ursprung nicht ermittelbar. Beispielsweise kann ein Kabel mit einer Kunststoffummantelung Zubehör oder Teil eines elektrischen Gerätes gewesen sein. Es lässt sich in den meisten Fällen nicht ermitteln, zu welchem Produkt das Kabel einmal gehört hat.

Zudem werden Artikel beim Transport und bei der Verarbeitung des Abfalls regelmäßig beschädigt. Teilweise werden auch vor der Entsorgung Teile entnommen. Auch die im Sinne einer langen Lebensdauer wünschenswerten Reparaturen eines Artikels durch Einbau von Ersatzteilen erschweren die Identifizierbarkeit von Teilerzeugnissen.



Selbst wenn ein originales Produkt im Ursprungszustand und mit vollständiger Kennzeichnung als Ganzes entsorgt wird und beim Entsorgungsunternehmen in einem guten Zustand eintrifft, können die Daten aus der Datenbank nicht genutzt werden. Die Annahme, dass für jedes Einzelteil überprüft werden könnte, ob dafür Informationen zu SVHC in der Datenbank eingetragen sind, ist im Rahmen eines industriellen Recyclings mit der Lebenswirklichkeit nicht zu vereinbaren. Dadurch würde das Recycling insgesamt so aufwändig und teuer, dass große Teile des Abfalls aufgrund fehlender Kapazitäten nicht mehr recycelt werden könnten. Außerdem würden Recyclate so teuer, dass ihre Verwendung bei der Produktion im Wettbewerb mit neuen Rohstoffen unattraktiv würde.

Auf Anfrage soll die Datenbank auch Verbrauchern zugänglich gemacht werden. Verbraucher haben jedoch bereits heute einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Lieferanten nach Art. 33 Abs. 1 REACH, den sie kaum nutzen. Selbst bei großen Handelsunternehmen ist jährlich lediglich eine zweistellige Zahl an Anfragen zu verzeichnen. Zudem gibt es mit Life Ask Reach bereits eine Initiative zur Erstellung einer Datenbank und zur Unterstützung der Auskunftsrechte von Verbrauchern. Eine weitere staatliche Datenbank bringt auch insoweit keinen Mehrwert.

Umfang und Art der Meldepflichten

Aufgrund der bestehenden Zweifel am Nutzen der Datenbank ist es sachgerecht, die Meldepflichten zumindest auf die bestehenden gesetzlichen Vorgaben zu beschränken.

Danach ist ausschließlich eine Meldepflicht von besorgniserregenden Stoffen (SVHC) unter REACH vorzusehen. Bereits der dadurch abzusehende Aufwand stellt für die Unternehmen eine enorme Herausforderung dar. Darüber hinausgehende Verpflichtungen zur Meldung von anderen Stoffen, z.B. nach Anhang VI der CLP-Verordnung, würden die Prüfkosten erheblich ansteigen lassen und sind daher abzulehnen. Vielmehr ist die Datenbank zum aktuellen Zeitpunkt auf das Mindestmaß zu

beschränken, bis ein signifikanter Nutzen, der zum Aufwand für die Lieferanten im Verhältnis steht, nachgewiesen werden kann. Dies ist derzeit allerdings nicht zu erwarten.

Zudem ist durch den ausdrücklichen Bezug auf Artikel 33 Abs. 1 REACH klar geregelt, dass ein Stoff nur in die Datenbank zu melden sein soll, wenn er in einer höheren Konzentration als 0,1 Gewichtsprozent in einem Erzeugnis enthalten ist. Keinesfalls darf diese Schwelle abgesenkt oder aufgehoben werden.

Es sollte außerdem ausreichend sein, in der Datenbank zu melden, dass ein bestimmter Stoff in einem Produkt enthalten sein kann, ohne dass dies für jede Charge neu verifiziert und die genaue Konzentration ermittelt werden muss. Darüber hinaus sollte lediglich das Produkt benannt werden können, für das der Stoff angegeben wird.

Gebrauchte Waren sollten von der Meldepflicht ausgenommen werden. In der Praxis werden diese Meldepflichten für gebrauchte Waren nicht zu erfüllen sein. Es besteht damit die Gefahr, dass der Markt für gebrauchte Waren einbrechen würde. Dies stünde im Widerspruch zu dem politischen Ziel, die Lebensdauer von Produkten zu verlängern und Abfälle zu vermeiden.

Die Übermittlung der Daten sollte möglichst einfach und, soweit von Unternehmensseite aus möglich, automatisiert ablaufen können. Dies setzt voraus, dass die einzurichtende Datenbank über Schnittstellen verfügt, die einen automatisierten Upload der relevanten Datenkategorien aus den gängigen Systemen von Industrie- und Handelsunternehmen ermöglichen.

Meldepflichtige Unternehmen

Aufgrund des Verweises auf Artikel 33 Abs. 1 REACH soll jeder Lieferant meldepflichtig sein. Danach wäre jeder Hersteller, Importeur und Händler verpflichtet, die Meldepflichten zu erfüllen. Dies ist aber nicht sinnvoll, weil dann viele Meldungen zum gleichen Erzeugnis entstehen würden. Die Qualität der Daten und damit der

Datenbank würde spürbar beeinträchtigt. Außerdem wäre es sehr ineffizient, wenn viele Meldungen zu einem Produkt erfolgen würden und der Eintrag in die Datenbank mindestens genauso gut nur von einem einzigen Wirtschaftsakteur vorgenommen werden kann. Daher ist es zweckmäßig, dass die Meldepflicht so nah wie möglich am Beginn der Lieferkette, in der Regel also beim Hersteller ansetzt. Dieser kennt auch die Zusammensetzung seines Produktes am besten. Bei Importen sollte grundsätzlich der Importeur die Meldepflicht erfüllen müssen, weil er den direkten Kontakt zum Hersteller hat. Verpflichtungen zu Doppelmeldungen oder eventuellen Bestätigungen von vorangegangenen Meldungen sind unverhältnismäßig und müssen unbedingt vermieden werden.

Bei Erzeugnissen, die aus vielen einzelnen Erzeugnissen zusammengesetzt werden, sollte der Hersteller des Teilerzeugnisses bereits die Meldung durchführen. Anderenfalls wären wieder Doppelmeldungen zu befürchten, wenn ein Erzeugnis in mehreren anderen Erzeugnissen eingebaut wird. Auch wenn Hersteller oder Händler von außerhalb der EU an Verbraucher innerhalb der EU Produkte liefern, müssen die Meldepflichten gelten, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Frühzeitige Evaluierung

Mit einer Evaluierung sollte frühzeitig begonnen werden, um den Nutzen der Datenbank zu untersuchen. Diese Evaluierung sollte ohne Vorfestlegungen erfolgen und insbesondere auch den Aufwand berücksichtigen, der für die Wirtschaftsakteure mit der Erfüllung der Meldepflichten verbunden ist.

Fazit

Der HDE sieht die von den Gesetzgebungsorganen der EU beschlossene Errichtung einer EU-weiten Datenbank für SVHC in Produkten sehr kritisch und bezweifelt, dass die Datenbank den angestrebten Nutzen haben wird. Gleichzeitig ist bereits abzusehen, dass der zusätzliche Aufwand für die Meldungen enorm ist und viele Unternehmen vor große Herausforderungen stellt.

Daher sollten die Mitteilungspflichten auf das gesetzlich unbedingt erforderliche Maß begrenzt werden. Für die automatisierte Übermittlung müssen Schnittstellen vorgesehen werden.

Um die Datenqualität zu sichern und den Aufwand für die Meldungen durch die Wirtschaft insgesamt so gering wie möglich zu halten, ist es ein zentrales Anliegen des HDE, dass die Meldepflicht so früh wie möglich in der Lieferkette erfüllt wird. Die Meldung sollte nur einmalig erfolgen. Anderenfalls würde der Aufwand vervielfacht und die Qualität der Datenbank durch viele gleichlautende Meldungen beeinträchtigt. Gebrauchte Waren sollten von der Meldepflicht ausgenommen werden. Es muss schon aus Wettbewerbsgründen sichergestellt werden, dass Händler, die ihre Waren aus dem Nicht-EU-Ausland an Verbraucher in der EU liefern, die Meldepflichten einhalten.

Der HDE würde es sehr begrüßen, wenn die Europäische Kommission eine zeitnahe Evaluierung des Instruments vornimmt und sich bei entsprechender Beurteilung nicht vor den Konsequenzen scheut.



**Ansprechpartner Berlin:
Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)**

Georg Grünhoff
Abteilungsleiter Produktsicherheits-,
Datenschutz- und Verbraucherrecht
Bereich Recht und Verbraucherpolitik
gruenhoff@hde.de
Telefon: + 49 (0) 30 726250-38
Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin
www.einzelhandel.de

**Ansprechpartner Brüssel:
Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)
- German Retail Federation**

Marius Bannefeld
Referent
bannefeld.europa@hde.de
Telefon: +32 (0) 2 2310998
Avenue des Nerviens 85, B-1040 Brüssel
www.einzelhandel.de

Der Handelsverband Deutschland (HDE) ist die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels. Insgesamt erwirtschaften in Deutschland 300.000 Einzelhandelsunternehmen mit drei Millionen Beschäftigten an 450.000 Standorten einen Umsatz von über 480 Milliarden Euro jährlich.

EU-Transparenzregister Nr.: 31200871765-41